

**Antrag:** A-22  
**Antragsteller:** AK Umwelt, SPD Sossenheim, SPD Seckbach, SPD Höchst, Jusos im UB Frankfurt  
**Betreff:** Trinkwasser und Grundwasser vor Überschreitung der Grenzwerte von Nitrat schützen  
**Weiterleitung an:** Bezirks- und Landesparteitag und die Landtags- sowie Bundestagsfraktion

1 Der Parteitag der SPD Frankfurt möge beschließen:

2 Die Bundesfraktion sowie die Landesfraktion der SPD in Hessen werden gebeten, sich dafür einzusetzen  
3 dass die Einhaltung der neuen Gülleverordnung ausreichend kontrolliert und der Import von Gülle aus  
4 Nachbarländern, die strengere Grenzwerte haben als die Bundesrepublik, verhindert wird. Weitere  
5 Maßnahmen zur Reduzierung des Nitratreintrags müssen ergriffen werden:

6 Insbesondere

- 7 • Ist eine bundesweite Gülledatenbank einzusetzen, damit die Gülletransporte bundesweit  
8 überwacht werden und Gülletourismus verhindert werden kann.
- 9 • Ist ein Düngestopp einzuführen, wenn der Grenzwert von 50 mg Nitrat pro Liter im Grundwasser  
10 überschritten wird
- 11 • Sind verpflichtende Stoffstrombilanzen für alle landwirtschaftlichen Betriebe einzuführen
- 12 • Sind für Gülletanks Auffangwannen vorzusehen, die bei Undichtigkeit die Gülle zurückhält.
- 13 • Sind die Agrarsubventionen zugunsten der Weidhaltung und zu Ungunsten der  
14 Massentierhaltung auszugestalten
- 15 • Sind wirksame Kontrollen gegen illegalen Gülleintrag durchzuführen

16 Begründung:

17 Die Änderung des Düngegesetzes und die Novelle der Düngeverordnung wurden im Frühjahr 2017  
18 beschlossen und sind in Kraft getreten. Jedoch reichen die Regeln nicht aus, um die

- 19 Trinkwasserbelastung zu reduzieren. Insbesondere Unfälle durch Gülletransport verursachen Schäden an  
20 Oberflächengewässern und durch Versickern im Grundwasser.
- 21 Eine Studie des Umweltamtes besagt, dass die Zusatzkosten der Wasserwerke zur Nitratreduzierung bei  
22 767 Millionen Euro pro Jahr liegen. Diese werden im Wesentlichen von den Bürgern über die  
23 Trinkwasserrechnung bezahlt.

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Annahme